



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der Hohenzollern

Tümpel, Hermann

Bielefeld, 1909

Kriegs- und Domänenkammer.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82523](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-82523)

Bereinigung Ravensbergs und Mindens.

Schon 1714 wurde den Drost in Ravensberg die Absicht des Königs mitgeteilt, die Grafschaft mit Minden zu vereinigen. Weder sie noch die Stände waren von dem Gedanken erbaut. Höchst charakteristisch für die ständische Anschauung ist das Schreiben der Stände von 1715. Es beginnt mit den Worten, mit denen jede Reform im Reime erstickt werden kann: In politicis gilt insonderheit die bekannte Regel, daß alle wichtige Veränderungen gefährlich sein und nichts sicherer als daß bei einer hergebrachten Einrichtung, daran die Untertanen eines Landes gewohnt sein, gelassen werde. Und wie wenig noch der Wunsch des Großen Kurfürsten, es möchten sich die einzelnen Landschaften als *membra unius capitis* fühlen, in Erfüllung gegangen war, zeigt die Behauptung, die größere Steuerkraft Ravensbergs Minden gegenüber habe eine Zalousie, Mißtrauen und Unvergünst der Untertanen gegeneinander verursacht und würde es den ravenbergischen Eingegessenen sehr schmerzlich sein, einer Provinz unterworfen oder kombiniert zu werden, deren Einwohner in so vielen Stücken von ihnen unterschieden seien und von denen sie solchergestalt angefeindet werden. Die Drost aber erklärten auf die Frage, ob die Grafschaft lieber mit Kleve vereinigt werden wolle, das wüßten sie nicht, indem Stände und Untertanen einmütig wünschen, daß alles in der bisherigen Verfassung möge gelassen werden.

Man ruhte die Sache einige Jahre, aber 1719 wurde sie wieder aufgenommen und auf persönliches Betreiben des Königs durchgeführt. Als die damit betrauten Minister darauf aufmerksam machten, daß nur 1259 Rtlr. erspart würden, schrieb der König: *commissariat soll Project der combinacion sonder Resonnieren machen.*

Daß Ravensberg nicht sehr erfreut war, ist begreiflich, denn im wesentlichen lief die Sache darauf hinaus, die Landschaft den mindenschen Behörden unterzuordnen.

Besonders schmerzlich wurde empfunden, daß die drei Gogerichte aufgehoben wurden; ihre Obliegenheiten erhielten teils die Amtsstuben im Ravensbergischen, teils die Regierung in Minden. Noch 1740 beim Regierungswechsel klagten die Stände über die dadurch herbeigeführte Vertenerung der Justiz. Die Stadtgerichte in Bielefeld und Herford blieben dagegen bestehen. In beiden Städten sprachen in Zivil- und Kriminalsachen der vom Landesherrn eingesetzte Richter und der Rat meist gemeinsam Recht. Ein Matrimonialgericht wurde Bielefeld 1726 bewilligt.⁵⁸⁾

Kriegs- und Domänenkammer.

Auf die sonstigen Einzelheiten der Neuordnung von 1719 gehen wir nicht ein, da sie von kurzer Dauer war und schon bald durch eine Organisation ersetzt wurde, die um so längeren Bestand hatte. Es war dies die Einrichtung der Kriegs- und Domänenkammer, die in Minden wie in anderen Landesteilen 1723 erfolgte. Das Departement der Mindener Kammer umfaßte außer Minden-Ravensberg auch Tecklenburg und Lingen.

An der Spitze der Kammer stand ein adliger Präsident, unter ihm — bürgerlichen Standes — ein oder zwei Direktoren und eine Anzahl Räte. Grund für die Neuschöpfung waren die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Kommissariaten und Amtskammern gewesen, und auch in Minden hatte es an solchen nicht gefehlt. Deshalb ermahnte 1723 Friedrich Wilhelm I. bei einer Audienz den neuen Präsidenten v. Merode, der bisher beim Kommissariat, den neuen Direktor Voigt, der bei der Kammer gewesen war, sie sollten sich in Zukunft besser vertragen. Aber

die Streitigkeiten dauerten fort, und 1725 erklärte der König: Merode und pſot ſoll caſſieret ſein, ſonſt kome ich nit heraußen, da pſot ein Narr, da Merode auch ein Narr und mein Dienſt negligiert wirdt. Merode wurde verſetzt, an ſeine Stelle trat Friedrich Wilhelm von Borcke. Mit ihm nahm es ein noch ſchlimmeres Ende als mit ſeinem Vorgänger. Er ſollte ſich Bauernſchindereien und andere „pendable“ Sachen haben zuſchulden kommen laſſen und wurde in höchſter Ungnade entlaſſen, übrigens von Friedrich II. wieder in Dienſt genommen.

Jeder Rat hatte beſtimmte Städte und Ämter zu beaufſichtigen und gewiſſe Generaſachen zu bearbeiten, zu welch letzterem Zweck verſchiedene Dezerenate gebildet worden waren. Doch fand die Beſchluſſfaſſung im Plenum ſtatt.

Die Kriegs- und Domänenkammern waren zunächſt eine Finanzbehörde, es unterſtanden ihnen ſowohl die Domänen als auch das Steuerweſen. Um hohe Erträge zu erzielen, hatten ſie aber zugleich das höchſte Intereſſe daran, daß ſich die Steuerkraft ihres Bezirkes hob, und ſo entwickelte ſich zweitens die innere Verwaltung, die man damals Polizei nannte. Drittens nahmen die Kammern aber auch an der Rechtſprechung teil. Sie hatten ſie erhalten, um ſo entſchiedener die ihnen obliegenden Reformen durchführen zu können, und übten ſie im fiſkalischen Sinn.

Juſtiz und lokale Verwaltung.

Dadurch gerieten ſie nur allzuleicht in Konflikt mit den eigentlichen Provinzialgerichten, den Regierungen, die ihrerſeits von früher noch einige Verwaltungsgeschäfte behalten hatten und über ihre vermeintlich vornehmere Stellung mit Eiferſucht wachten. Der Geiſt, der in dieſen Regierungen waltete, war nicht der des werdenden Großſtaates, ſondern der der verfloſſenen territorialen Periode.

Die Rechtſpflege war das Stieffind Friedrich Wilhelms I., für ſie ſchienen ihm die „dummen Teufel“ gut genug; die beſſeren Köpfe zog er zur Verwaltung. Auch die Leiſtungen der Regierungen ließen zu wünſchen übrig. 1729 wurde der in Minden von einem Kammerdirektor vorgeworfen, ſie werde nicht nachweiſen können, in 50 Jahren eine einzige Sache — es handelte ſich um Grenz- und Hoheitsſachen, die zwiſchen Kammer und Regierung ſtreitig waren — zu Ende gebracht zu haben.

Bei den Untergerichten trat 1722 eine Änderung ein, als die Generalpacht in den Ämtern eingeführt wurde. In Ravensberg gab es acht Generalpächter, die ſogenannten Beamten, je einen in den Ämtern Ravensberg, Blotho und Limberg, dagegen fünf im Amt Sparenberg, weil wegen deſſen Größe in jeder Vogtei einer angeſtellt wurde. Für die Rechtſpflege hielten ſie ſich Juſtitiarier. Rentmeiſter und Vögte wurden durch Einſetzung der Beamten überflüſſig gemacht, das Droſtenamt ſank zu einer bloßen Sinekure herab. Gerichtliche und polizeiliche Befugniſſe gingen mit der Aufſicht über die Domänen auf die Beamten über. Die Brüchten, von denen dieſe einen beſtimmten Prozentsatz bekamen, waren in den Pachtanſchlägen mit hohen Summen eingefeßt, und die Sporteln bildeten eine Haupteinnahme der Beamten. In dem ganzen Syſtem lag, wenn auch ein Departementsrat die Brüchtengerichte leitete, die Gefahr ſtarken Mißbrauches, und die Klagen über den Zuſtand der Untergerichte wollten kein Ende nehmen. Ja es kam zu offener Erhebung der Bauern gegen die Beamten. Erſt eine anonyme Beſchwerde und das dadurch herbeigeführte Eingreifen des Präſidenten v. Borcke, der ſpäter, wie wir oben ſahen, merkwürdigerweiſe gerade wegen Bauernſchinderei entlaſſen worden iſt, ſchuf einige Erleichterung.⁵⁹⁾